

Frauenwürde Neuwied



Jahresbericht 2007

**Staatlich anerkannte
Beratungsstelle für Schwangere**

Eduard-Verhülsdonk-Str. 25 - 56564 Neuwied

Tel: 02631/343 371 - Fax: 02631/343 373

e-mail: frauenwuerde@freenet.de

www.frauenwuerde.de



Öffnungszeiten:

Montag, Mittwoch und Freitag: 9.00 - 12.00 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 14.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag: Abendtermine bis 20.00 Uhr möglich
zusätzliche Termine nach Vereinbarung

Mitarbeiterinnen:

Beatrix Liesenfeld (Leitung und Beratung, 27 Wochenstunden)
Martina Ernser-Robiller (Beratung, 15 Wochenstunden)
Christa Heinzelmann (Sekretariat, 15 Wochenstunden)

Inhaltsübersicht

1	Schwangerenberatung	S. 3
1.1.	Schwangerschafts konfliktberatung	S. 5
1.2.	Schwangerschafts sozialberatung	S. 12
2	Aktivitäten im Rahmen der Schwangerenberatung	S. 14
2.1	Öffentlichkeitsarbeit	S. 14
2.2	Qualifizierung der Beraterinnen	S. 15
2.3	Sonstige Aktivitäten	S. 16
2.3.1	Aktion zur freiwilligen Finanzierung von Hilfen zur Familienplanung im Kreis Neuwied	S. 16
	Anhang	S. 19
	Statistische Angaben	S. 20
	Pressespiegel u.a.	S. 30



1 Schwangerenberatung

Grundlagen für die Beratung sind:

§ 219 Strafgesetzbuch (**StGB**) in Verbindung mit den §§ 5 – 7 Schwangerschaftskonfliktgesetz (**SchKG**), dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (**SFHÄndG**) sowie dem **Frauenwürde-Beratungskonzept**.

Das **Beratungsangebot** richtet sich in erster Linie an schwangere Frauen, unabhängig von Religion und Nationalität. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym. Die Beraterinnen unterliegen der gesetzlichen Schweigepflicht.

Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Beratung und das Angebotsspektrum unserer Beratungsstelle umfassen folgende Bereiche:

- Schwangerschaftskonfliktberatung
- Informationen zu rechtlichen Fragen und gesetzlichen Sozialleistungen, sowie Unterstützung bei der Geltendmachung von Ansprüchen
- Beratung über soziale und wirtschaftliche Hilfen für Schwangere und die Vermittlung finanzieller Hilfen
- Informationen zu Verhütung und Familienplanung
- Psychosoziale Beratung im Rahmen pränataler Diagnostik und bei zu erwartender Behinderung des Kindes
- Begleitung und Unterstützung im Trauerprozess nach einer Fehl- oder Totgeburt, sowie nach einem Schwangerschaftsabbruch - auch im Rahmen einer öffentlichen Gedenkfeier
- Auf Anfrage: Informationen zur Arbeit unserer **Frauenwürde** Beratungsstelle z.B. in Schulklassen und bei interessierten Gruppen



Im Jahr 2007 wurden **insgesamt 193 Schwangere** / Mütter in insgesamt 258 Beratungsgesprächen*¹ von uns beraten; das sind 6 % mehr Beratungsfälle als in 2006. Zusätzlich hatten wir 367 Kontakte*² zu hinzugezogenen Fachkräften (z.B. Hebamme, Jugendamt, Humangenetische Beratungsstelle, Psychologin..), um der Komplexität der Beratungsfälle gerecht zu werden.

Von den 193 Schwangeren / Müttern kamen 155 Schwangere (80 %) zum ersten Mal in unsere Beratungsstelle.

14 Frauen wurden aus noch laufenden Sozialberatungen der Vorjahre weiter betreut:

8 Frauen aus 2006, 4 Frauen aus 2005, je 1 Frau aus 2004 und 2001.

Wie in den Vorjahren suchten uns auch 2007 die meisten Frauen zu einer gesetzlich vorgeschriebenen Schwangerschafts**konfliktberatung** auf - 160 Frauen d.h. 83 % aller Beratungsfälle.

Von diesen 160 Schwangeren nahmen 12 Frauen (8 %) keine Beratungsbescheinigung mit.

Insgesamt 17 Frauen (11 %) teilten uns nach Abschluss der Konfliktberatung mit, dass sie ihr Kind behalten werden; davon wünschten 16 Schwangere unsere weitere Unterstützung im Rahmen der Sozialberatung.

Erfahrungsgemäß ist die „Dunkelziffer“ der Frauen, die ihr Kind trotz Mitnahme des Beratungsnachweises zur Welt bringen, um einige Prozentpunkte höher – denn nicht jede Frau gibt uns eine direkte Rückmeldung über ihre letztendlich getroffene Entscheidung. Immer wieder bedanken sich Frauen auch nach längerem Zeitraum für die hilfreiche Beratung und betonen, wie wertvoll ein ermutigendes Gespräch für ihre damalige Lebensentscheidung war.

33 Frauen (17 %) suchten in der **Sozialberatung** Informationen und Unterstützung zu Fragen, die die Veränderung der Lebenssituation infolge von Schwangerschaft / Geburt betraf.

Mit Hilfe von 10 bewilligten Anträgen an die **Bundesstiftung** „Mutter und Kind“ konnten wir insgesamt 8.908 € an Schwangere in Not vermitteln.

Auch unsere finanzielle Überbrückungshilfe durch den **Frauenwürde-Notgroschen** wurde in 5 akuten Notfällen mit insgesamt 420 € in Anspruch genommen.

*¹ Beratungsgespräch bedeutet: persönliche Beratung in der Beratungsstelle, beim Haus- oder Krankenhausbesuch

*² Beratungskontakt bedeutet: Telefongespräch, Briefwechsel, e-mail-Kontakt....



1.1 Schwangerschaftskonfliktberatung

In der Schwangerschaftskonfliktberatung führen wir die bei einem Abtreibungswunsch gesetzlich vorgeschriebene psychosoziale Beratung durch und stellen auf Wunsch einen Beratungsnachweis aus. Unsere Erfahrung ist, dass das Angebot, noch einmal in Ruhe über diese schwierige Entscheidung nachzudenken, trotz des 'Zwangsscharakters' angenommen und in den meisten Fällen als hilfreichen Schritt zu einer selbstverantworteten Entscheidung betrachtet wird.

Die '**Durchschnittsfrau**', die uns 2007 zu einer Konfliktberatung aufsuchte, wohnte in der Stadt Neuwied, war zwischen 21 und 30 Jahre alt, deutsch, ledig und katholisch. Sie hatte bereits 1 Kind geboren und noch keinen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Zur Beratung kam sie alleine. Als Hauptgründe für die Erwägung eines Abbruchs nannte sie - wie in den beiden Vorjahren - psychische Überforderung, wirtschaftliche Gründe und Partnerprobleme. Die Konfliktberatung dauerte im Durchschnitt 74 Minuten.

Die nachfolgenden Aussagen zur Konfliktberatung beziehen sich in 1. Linie auf die Auswertungen des Protokolls vom Landesamt und der Frauenwürde Neuwied-Statistik:

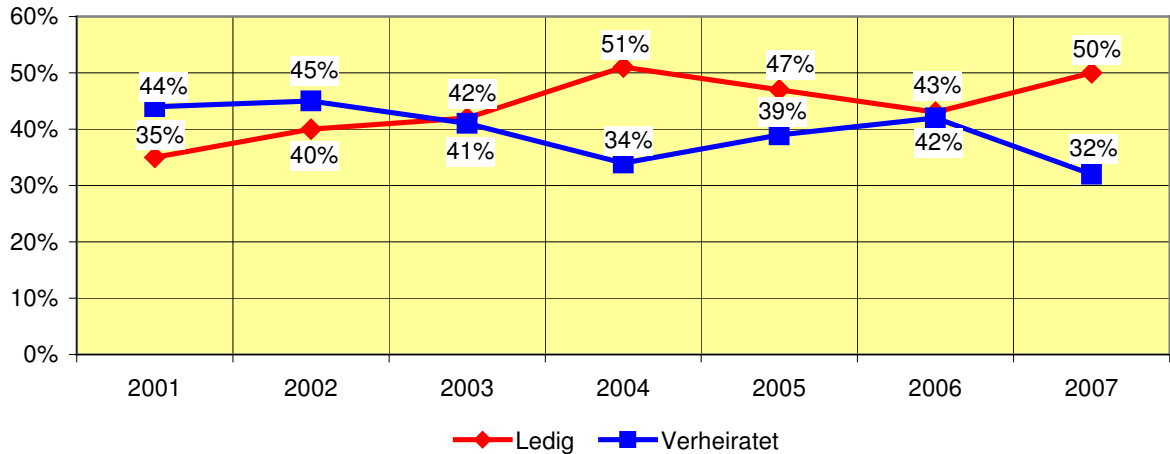
- 92 % der Schwangeren kamen zum **ersten Mal** zur Konfliktberatung zu Frauenwürde Neuwied. 13 Schwangere waren der Beratungsstelle bereits bekannt - das sind 7 % mehr als in 2006. Zwei Schwangere suchten unseren Rat gezielt zum Thema **Pränataldiagnostik**.
- 78 % der beratenen Frauen lebten in **Stadt und Kreis Neuwied** - 7 % mehr als im Vorjahr. 22 % suchten uns aus den umliegenden Kreisen zur Konfliktberatung auf.
- 77 % der Schwangeren besaßen die deutsche **Staatsangehörigkeit**. Je 4 % hatten ihre ursprüngliche Heimat in der ehemaligen Sowjetunion bzw. in Afrika; je 3 % kamen aus der Türkei bzw. Rest-Jugoslawien.
- Insgesamt gab es nur geringe Veränderungen in den verschiedenen **Altersgruppen**. 74 % der Frauen waren zwischen 21 und 40 Jahren, wobei die Anzahl der 21 bis 30-Jährigen um 6 % zunahm und die der 31- bis 40-Jährigen um 3 % abnahm. 7 Schwangere waren zwischen 41 und 45 Jahren, eine Schwangere sogar über 45 Jahre alt. 23 % der Ratsuchenden waren unter 21 Jahren, davon 5 % minderjährig bzw. 2 % unter 16 Jahren.



- Die Zahl der **ledigen** Schwangeren nahm im Vergleich zum Vorjahr um 7 % zu; die der verheirateten Schwangeren nahm um 10 % ab - sodass der Familienstand „ledig“ bei den Schwangeren aus der Konfliktberatung inzwischen bei 50 % liegt.

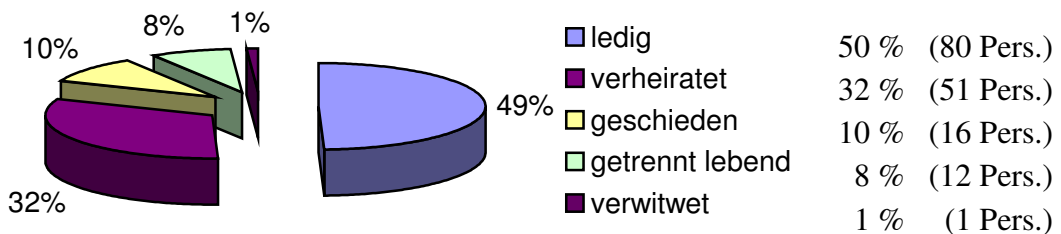
Familienstand 2001 - 2007

aus: Protokoll des Landesamtes



Familienstand

aus: Protokoll des Landesamtes 2007
(Grafik enthält Rundungsfehler)



19 % der Ratsuchenden bezeichneten sich als **alleinlebend** – verglichen mit 2006 eine Zunahme um 10 %. Jede 4. Schwangere, die zur Konfliktberatung kam, war **alleinerziehend** – ebenfalls eine Zunahme um 7 %.

- Knapp $\frac{3}{4}$ der Frauen waren bereits **vorher** einmal oder mehrmals **schwanger**, wobei die Frauen mit einer Schwangerschaft um 7 % zunahmen. 67 % der beratenen Frauen hatten **bereits** ein oder mehrere **Kind(er)**. Diese Frauen trafen die Entscheidung für oder gegen ihr ungeplantes Kind auf der Grundlage einer realen Erfahrung von Schwangerschaft, Geburt und kindlicher Entwicklung. Die Anzahl der Frauen (28 Pers.), die **bereits** einen **Schwangerschaftsabbruch** hatten vornehmen lassen, nahm im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 5 % zu.



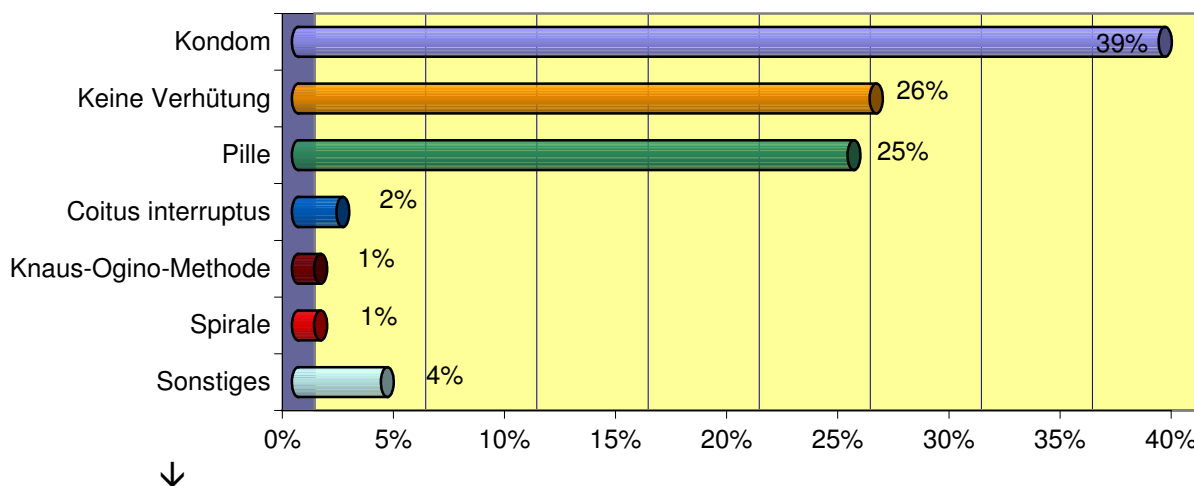
- Je nach Sachlage wurden in der Beratung soziale (96 %), medizinische (88 %) und juristische (79 %) **Informationen** gegeben.
- In fast jeder Beratung wurde über das Angebot einer **Nachbetreuung** (94 %), über **Verhütung/Familienplanung** (91 %) und mögliche **finanzielle Hilfen** (86 %) gesprochen. Auch die Möglichkeit einer **Vermittlung** zu speziellen Beratungsangeboten wie Schuldner-, Ehe-, Lebens- oder Suchtberatung oder die Begleitung zur ARGE oder Ausländerbehörde, zum Jugendamt oder Arbeitsamt war im Einzelfall eine äußerst willkommene Unterstützung. Das Thema Kindes-**Unterhalt** bzw. Unterhaltsvorschuss wurde in unserer sozialrechtlichen Beratung 14 % häufiger angesprochen als in 2006. Auch Informationen über Hilfsmöglichkeiten bei der Wohnungssuche waren 11 % häufiger in der Konfliktberatung erwünscht.

Die Frage nach der praktizierten **Verhütungsmethode** ergab, dass 27 % der Frauen keinerlei Verhütungsmittel beim Intimverkehr benutzten – obwohl sie nicht schwanger werden wollten! Das ist im Vergleich zum Vorjahr zwar eine Abnahme um 16 % - erfreulich! – doch sind es noch immer zu viele ungewünschte Schwangerschaften aufgrund fehlender Verhütung.

Rechnen wir zu den Schwangeren, die nicht verhütet haben dazu, dass 1 % der Frauen nur 'gezählt' (Knaus-Ogino-Methode) und weitere 2 % nur 'aufgepasst' (Coitus interruptus) haben, bedeutet das, fast jede 3. ungewollt Schwangere und ihre Sexualpartner praktizieren keine seriöse Verhütung. Sie riskieren den „Notfall“ eines Schwangerschaftsabbruchs.

Art der Verhütung*

aus: Frauenwürde Neuwied-Statistik 2007



↓
Sonstiges: u.a. Zäpfchen, Verhütungspflaster, trotz Sterilisation

39 % der Ratsuchenden benutzten Kondome – eine Zunahme um 16 % und damit die am häufigsten praktizierte Verhütungsmethode bei Frauen, die wegen einer Konfliktberatung zu uns kamen. Nur jede 4. Schwangere nahm die Pille – 13 % weniger als im Vorjahr.

* Mehrfachnennung möglich

Seit 2006 erfassen wir in unserer **Frauenwürde** Neuwied-Statistik unter dem Punkt 'Art der Verhütung' mit dem Kriterium '**Finanzierungsprobleme**' finanzielle Gründe für die fehlende / nicht ausreichende Verhütung.

25 % der Frauen, die zur Konfliktberatung kamen, gaben an, auch wegen finanzieller Engpässe nicht verhütet zu haben - z.B. kein Pillenrezept besorgen (10 € Praxisgebühr) bzw. die Rezept-Zuzahlung (5 bis 10 €) nicht aufbringen zu können. Das ist eine Zunahme von 14 % im Vergleich zum Vorjahr (s. 2.3.1 Verhütungskostenaktion).

Zusätzlich nannten 31 % der Befragten **Anwendungs- bzw. Einnahmefehler** bei der Benutzung von Verhütungsmitteln.

Seit Jahren stellen wir fest, dass viele Frauen nicht wissen, dass z.B. Erkrankungen (Magen-Darm-Virus, Magersucht) oder die Einnahme von bestimmten Medikamenten (Antibiotika, Johanniskraut...) die Wirksamkeit von Verhütungsmitteln reduzieren können. Unsere Nachfragen bei GynäkologInnen ergaben tatsächlich, dass diese z.T. auf die Beipackzettel verweisen bzw. bei einer akuten Erkrankung den behandelnden Arzt in der Pflicht sehen. D.h. gynäkologische Fachärzte machen bei der Beratung / Verschreibung der Pille nicht deutlich genug auf die Risiken aufmerksam.

- Bei der **beruflichen Situation** von Frauen im Schwangerschaftskonflikt fällt auf, dass jede 3. Frau ohne Ausbildung ist und fast 4 von 10 Frauen nicht erwerbstätig sind – eine Zunahme von 19 % im Vergleich zu 2006. Bei der Teilzeitbeschäftigung gibt es eine Abnahme von 11 %. Nur 15 % der Schwangeren hatten eine Vollzeitstelle. Die Zahl der nichterwerbstätigen Ratsuchenden nahm im Vergleich zum Vorjahr um 14 % ab. Mindestens jede 6. Schwangere befand sich noch in Ausbildung.

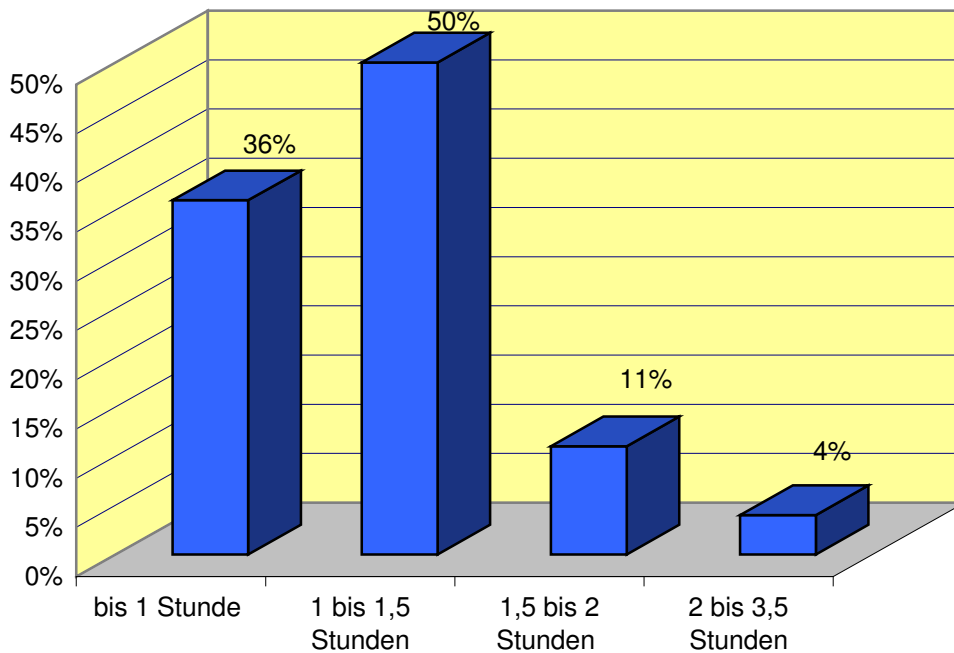
- 30 % der Schwangeren hatten eigenes **Einkommen** durch Erwerbstätigkeit – das sind 11 % weniger als 2005. Jede 3. Frau bezog Arbeitslosengeld II – eine Zunahme um 11 %. Bereits im Vorjahr war eine Zunahme um 12 % zu verzeichnen gewesen – für uns ein sicheres Zeichen für die steigende Armut von Frauen und Kindern. Auch bei den Partnern der Schwangeren in der Konfliktberatung verringerte sich die Nennung „Einkommen aus Erwerbstätigkeit“ um 10 % im Vergleich zu 2006; gleichzeitig nahmen die Partner 8 % häufiger Arbeitslosengeld II in Anspruch. In den Konfliktberatungen wurden 15 % häufiger Informationen zu Arbeitslosengeld II und den Kosten bei einem Schwangerschaftsabbruch gewünscht als im Vorjahr.



- Die durchschnittliche **Dauer** einer Konfliktberatung lag wie in 2006 bei 74 Minuten. Bei vier Konfliktberatungen wurde ein 2. Gespräch gewünscht, bevor der Beratungsnachweis ausgestellt bzw. die Entscheidung für die Fortsetzung der Schwangerschaft getroffen wurde.

Dauer der Konfliktberatung

aus: Protokoll des Landesamts 2007

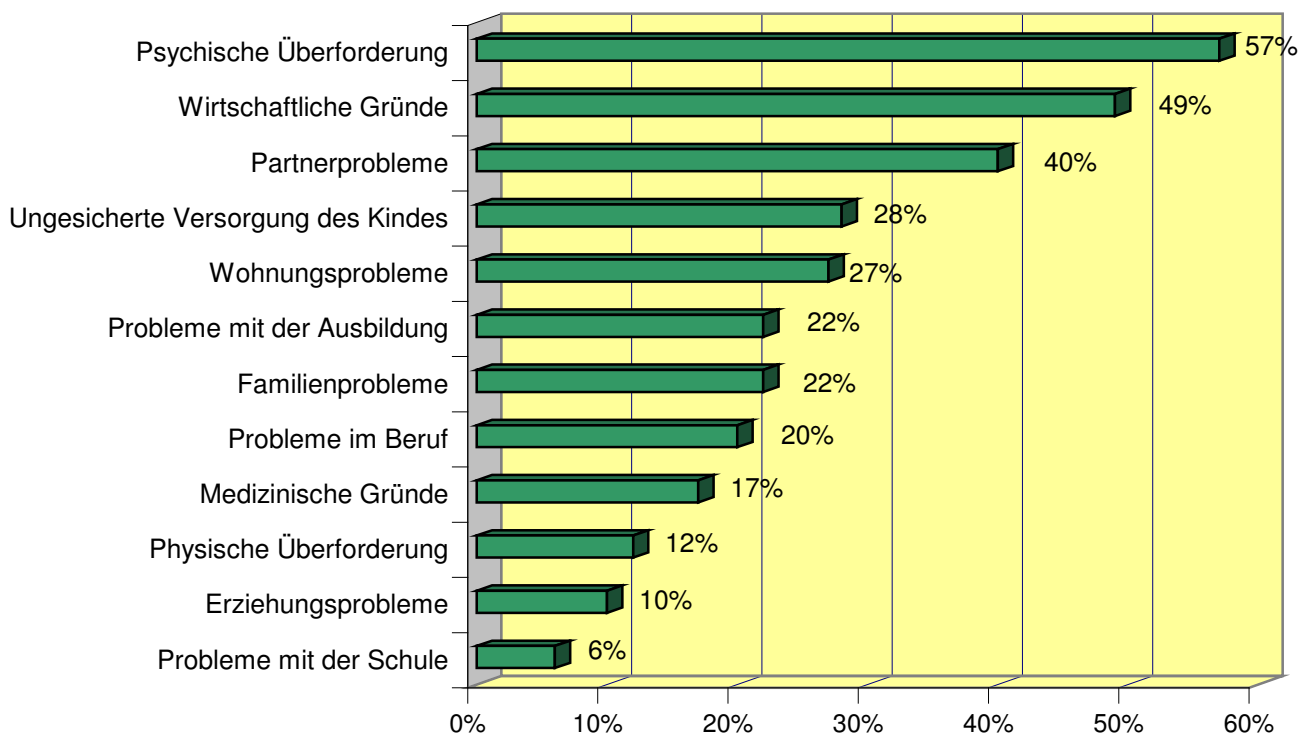


- Bei den **Gründen für** die Erwägung eines **Schwangerschaftsabbruchs** fällt auf, dass die drei meistgenannten Gründe die selben sind wie in den beiden Vorjahren: **psychische Überforderung** 57 %, **wirtschaftliche Gründe** 49 % und **Partnerprobleme** 40 %. Ein Teil der Frauen im Schwangerschaftskonflikt versichert uns immer wieder, dass sie ihre Entscheidung für oder gegen das Kind ganz unabhängig vom Partner fällen würden. Sie sagen, dass sie an den Kindesvater keine Erwartungen hätten und sowieso die Hauptverantwortung übernehmen würden.
- Das Kriterium „**Kindesvater steht nicht zur Schwangerschaft**“ wurde in 2006 neu in unsere **Frauenwürde Neuwied-Statistik** aufgenommen, weil unserer Erfahrung nach die Unterstützung und Mitverantwortung durch den Kindesvater bei der Entscheidung im Schwangerschaftskonflikt eine bedeutende Rolle spielt, auch bzw. gerade wenn der „Erzeuger“ sich indifferent zurück hält. In 2007 nannten 42 % der Schwangeren in der Konfliktberatung die Tatsache, dass der Kindesvater nicht zur Schwangerschaft steht, mit als Ursache für ihren Abbruchwunsch - das sind 30 % mehr als im Vorjahr!



Gründe für die Erwägung eines Schwangerschaftsabbruchs*

aus: Protokoll des Landesamts 2007



- Von den 160 Frauen, die zur Konfliktberatung kamen, wünschten 2 Schwangere ausdrücklich eine Beratung zur **Pränataldiagnostik**. Bei 20 % der Frauen war die befürchtete Schädigung des Kindes lediglich eins von mehreren Themen in der Beratung. 13 % der Beratenen hatten bereits ein krankes / auffälliges Kind in der Familie; 2 % der Schwangeren lebten bereits mit einem eigenen behinderten Kind.
- 27 Schwangere hatten schon eine oder mehrere **Fehlgeburt(en)** erlebt. Eine Schwangere, die sich erst nach 2 Konfliktberatungsgesprächen für ihr Kind entschied, hatte im 9. Schwangerschaftsmonat eine Totgeburt. Wir begleiteten sie noch einige Wochen durch diese schmerzhafteste Verlusterfahrung. Die wiederkehrenden Erfahrungen von Verlust, Trauer und Abschied bei diesen 'unglücklichen' Schwangerschaften nahmen wir auch in 2007 zum Anlass, gemeinsam mit zwei KollegInnen von anderen Beratungsstellen und einem Krankenhauseelsorger eine „Gedenkfeier für früh verstorbene Kinder“ öffentlich anzubieten, um damit das Leben dieser Kinder und die Trauer der Familie zu würdigen (s. Pressespiegel 8).



- In der Konfliktberatung gab mindestens jede 2. Frau an, z.Z. **keinen Kinderwunsch** zu haben; jede 3. ungewollt Schwangere sagte, dass ihre Familienplanung bereits abgeschlossen sei.

Seit der Gesundheitsreform 2004 werden die Kosten für eine medizinisch nicht notwendige **Sterilisation** von den Krankenkassen nicht mehr übernommen d.h. ein großer Teil der ratsuchenden Frauen (und ihre Partner) haben seitdem ein doppeltes Problem: sie können einerseits die Kosten von ca. 600 € für eine Sterilisation nicht aufbringen und müssen andererseits mit dem Risiko für eine ungewollte Schwangerschaft bzw. der belastenden Einnahme von Hormonen leben.

In einigen besonders schwierigen Einzelfällen konnten wir entweder über die Landesstiftung in Mainz oder in einem Krankenhaus vor Ort die Übernahme der Sterilisationskosten bewirken.

- Fast jede 3. Frau wollte durch ihre ungeplante Schwangerschaft nicht in den Bezug von **Arbeitslosengeld II** kommen.

Immer wieder zeigt sich in den Gesprächen, dass der Verlust von eigenem Einkommen aufgrund der Versorgung eines Säuglings als ungerechtfertigte Benachteiligung erlebt wird. Die finanzielle Absicherung durch Arbeitslosengeld II wird nicht als gesellschaftliches Angebot, sondern als öffentliche 'Diskriminierung' erlebt. Unsere Ermutigung, den Rechtsanspruch auf diese Ersatzleistung für die Versorgung ihres Kindes selbstbewusst in Anspruch zu nehmen, wird von manchen Schwangeren im Konfliktgespräch abgewehrt, weil der 'Bettelgang zur ARGE' nicht mit einer respektvollen Anerkennung ihrer Tätigkeit als Mutter in Einklang gebracht werden kann.

In diesem Zusammenhang wird u.a. deutlich, wie wichtig ein 'guter Draht' der Beratungsstelle zu den Behörden bzw. eine konsequente Unterstützung von KlientInnen ist.

- Die Zunahme der Aussagen „**Angst vor Verantwortung / Zukunftsangst**“ um 12 % bei den Gründen für die Erwägung eines Schwangerschaftsabbruchs macht ebenfalls deutlich, wie wichtig z.B. soziale Sicherheit und Selbstvertrauen bei der Entscheidung für das Kind ist.

1.2 Schwangerschaftssozialberatung

Bei der Schwangerschaftssozialberatung geht es um Informations- und Hilfsangebote für schwangere Frauen, deren Partner und Familien. Die Unterstützungsmaßnahmen durch unsere Beratungsstelle werden grundsätzlich bis zum 3. Lebensjahr des Kindes angeboten.

Im Jahr 2007 wurden 33 **Sozialberatungen** durchgeführt.

Von den 33 Schwangeren kamen 7 Frauen zum 1. Mal zu unserer psychosozialen Beratung – ohne vorhergehende Konfliktberatung. 20 Sozialberatungen (61 %) erfolgten im Anschluss an vorherige Konfliktberatungen aus den Jahren 2001 bis 2007.

14 Schwangere begleiteten wir schon über einen längeren Zeitraum:

8 Frauen wurden aus 2006 weiter betreut (im 2. Jahr),

4 Frauen aus 2005 (im 3. Jahr),

1 Frau wurde bereits im 4. Jahr begleitet,

1 Frau ist uns seit 8 Jahren bekannt.

61 % der Ratsuchenden waren **ledig**, 24 % der Frauen waren verheiratet, fast jede 3. Frau war alleinerziehend.

Die **Altersgruppe** der 21 – 30-Jährigen war mit 42 % am stärksten vertreten.

Die Zahl der Heranwachsenden (18 – 20 Jahre) lag bei 15 %.

Drei minderjährige und zwei über 40-jährige Schwangere suchten Unterstützung bei uns.

85 % der Schwangeren hatten bereits ein oder mehrere **Kind(er)**; lediglich für jede 7. Frau (15 %) war es das erste Kind, das sie erwartete.

In 79 % aller Beratungsgespräche spielten Sorgen um die **wirtschaftliche Situation** die Hauptrolle. Wie schon in 2006 fühlten sich die Schwangeren u.a. durch die steigenden Kosten bei den Grundbedürfnissen existentiell verunsichert – besonders wenn eine längerfristige Berufsperspektive nicht vorhanden war. Ohne gesicherte Arbeit fehlt nicht nur eigenes Einkommen, sondern auch eine wichtige soziale Dimension: Anerkennung und Teilhabe.

Fast jede 2. Frau thematisierte **Partnerprobleme** und eine fehlende Berufsausbildung.

Auch Wohnungs- und Schuldenprobleme wurden in der Beratung mit 48 bzw. 27 % genannt.

15 % der Frauen fühlten sich physisch überfordert.

Für fast jede 5. Schwangere war die ungesicherte Versorgung des Kindes Beratungsthema.

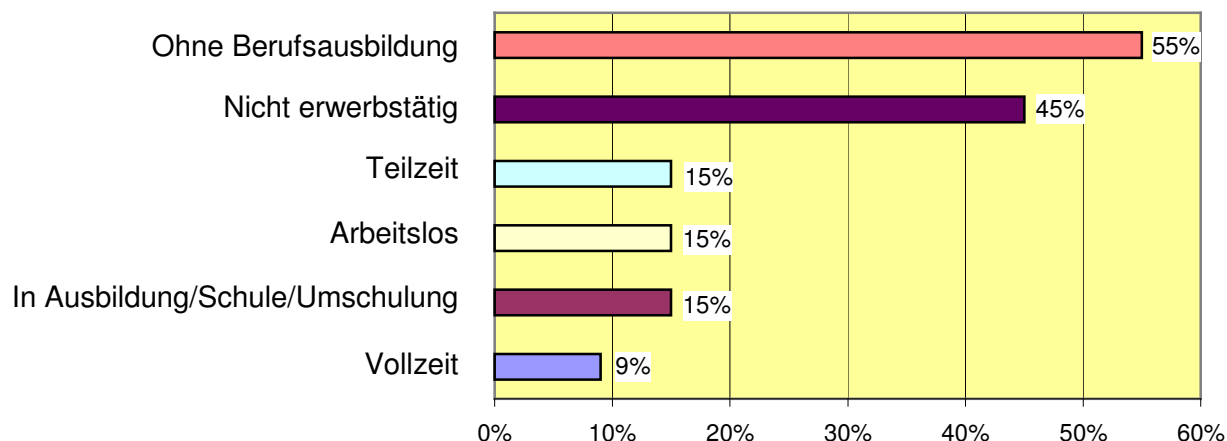
In 3 von 4 Beratungsgesprächen wurden psychologische und pädagogische Inhalte thematisiert.



Die Auswertung der **beruflichen** Situation ergibt, dass 55 % der Schwangeren keine Berufsausbildung hatten. 15 % der Frauen befanden sich in Ausbildung oder besuchten eine Schule. 9 % der Schwangeren waren voll berufstätig. Fast jede 2. Ratsuchende leistete ausschließlich Familienarbeit. 5 Frauen waren arbeitslos gemeldet.

Berufliche Situation *

aus: Frauenwürde Neuwied-Statistik 2007



Insbesondere bei den berufstätigen Schwangeren zeichnete sich wie in den Vorjahren eine starke Unsicherheit bzgl. des Arbeitsplatzes ab. Die Angst war groß, aufgrund der Schwangerschaft die Arbeitsstelle zu verlieren oder nach der Elternzeit gekündigt zu werden. Das galt vor allem, wenn gerade eine neue Stelle angetreten worden war und noch Probezeit bestand. Junge Frauen, die sich noch in Ausbildung befanden, befürchteten, diese nicht ohne Probleme beenden zu können.

48 % der ratsuchenden Frauen erhielten Arbeitslosengeld II. 24 % der Schwangeren verfügten über **Einkommen** durch Erwerbstätigkeit; 12 % bezogen zusätzlich Elterngeld.

In 70 % aller Sozialberatungen wurde über die finanziellen **Hilfen der Bundesstiftung** und über andere **staatliche Sozialleistungen** (67 %) informiert. In 10 Fällen konnten Gelder aus der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ in einer Gesamthöhe von 8.908 € vermittelt werden.

In 5 akuten Notlagen stellten wir insgesamt 420 € aus unserem **Frauenwürde-Notgroschen** zur Verfügung.

In unserer Sozialberatung wurden insgesamt 94 Beratungsgespräche geführt - im Durchschnitt pro Fall 3 Beratungsgespräche.

Die Anzahl der zusätzlichen Kontakte betrug insgesamt 345. Mit Kontakten sind Telefonate, Briefwechsel, e-mails usw. mit Klientinnen, deren Umfeld und anderen Institutionen gemeint. Pro Fall gab es durchschnittlich 10 Kontakte.

Die Dauer der Gesamt-Kontakte pro Fall betrug im Schnitt 85 Minuten.

Die durchschnittliche **Dauer der Begleitung** betrug im Jahr 2007 neun Monate.

2 Aktivitäten im Rahmen der Schwangerenberatung

Parallel zur eigentlichen Beratungsarbeit mit den schwangeren Frauen gab es zahlreiche Aufgabenfelder, die für die Qualitätssicherung der Beratung und den reibungslosen Ablauf in der Beratungsstelle unverzichtbar sind. Dabei war die enge Kooperation mit anderen Institutionen und Behörden genauso wichtig wie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Verein, Vorstand und Ehrenamtlichen.

Alle genannten Aktivitäten dienten letztendlich einer vernetzten, ganzheitlichen Beratung von Schwangeren und ihren Familien mit dem Ziel, einerseits den Schutz von Mutter und Kind zu gewährleisten (zielgerichtete Beratung) und andererseits eine selbständige Konfliktbewältigung durch die betroffenen Frauen zu ermöglichen (ergebnisoffene Beratung).

2.1 Öffentlichkeitsarbeit

- Durchführung einer **Gedenkfeier** für „Kinder, die unsere Welt früh verlassen haben“, in Zusammenarbeit mit KollegInnen der Katharina-Kasper-Stiftung, des Dekanats Rhein-Wied und einem Krankenhaus-Seelsorger, Thema: „aus meinen Tränen werden Perlen“ (s. Pressespiegel 8)
- **Besuche bei 2** gynäkologischen Praxen in Neuwied und Bonn und dem neuen Chefarzt der gynäkologischen Abteilung des DRK-Krankenhauses
- **Besuch von** einer Hebamme aus Neuwied; Informationsgespräch als Vorbereitung für Sexualprävention an einer Neuwieder Berufsschule
- Verteilen von Kondomen und Karten zum Thema „Verhütungskosten bei Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen“ vor der ARGE Neuwied und auf dem Luisenplatz am Valentinstag; zusätzliches Sammeln von Unterschriften für unsere **Verhütungskosten-Aktion** in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Neuwied (s. Pressespiegel 6)
- **Pressegespräch** mit MdB Sabine Bätzing und Rhein-Zeitung zur Verhütungskosten-Aktion, mit Übergabe der gesammelten Unterschriften an Sabine Bätzing (s. Pressespiegel 4 und 5)
- **Info- und Verkaufsstand** beim Weihnachtsmarkt Neustadt/Wied zwecks Spendensammlung (s. Pressespiegel 9 und 10)
- **Info-Stand** anlässlich einer Veranstaltung zum internationalen Frauentag
- Verschiedene **Kontakte mit JournalistInnen** und Medien zu aktuellen Themen unserer Beratungsarbeit, wie Stellungnahme zu Verhütungskosten, zur Spätabtreibung usw. (s. Pressespiegel 7a und b)



2.2 Qualifizierung der Beraterinnen durch Teilnahme an:

▪ Fortbildungen / Fachtagungen

- 5 Tage beim Evangelischen Zentralinstitut in Berlin:
„Spaß an Paarberatung – meine Ressourcen als Beraterin“
- 5 Tage beim Evangelischen Zentralinstitut in Berlin:
„Fortbildung für Sekretärinnen und Verwaltungsangestellte“
- Netzwerktagung 2007 zum Thema Pränataldiagnostik in Uder/Thüringen
“PND – immer früher, effektiver, profitabler?“, 3 Tage
- 2 ganztägige Treffen vom Bundesverein *Frauenwürde* in Köln
mit jeweils einer(m) ReferentIn zu den Themen: „Trauer“ und „Paarberatung“
- Informationsveranstaltung zum „Elterngeld“
im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Mainz, halbtags

▪ Arbeitskreise zur Schwangerenberatung

- 2 Treffen des Arbeitskreises zur § 219-Beratung
u.a. in Neuwied (mit Referent vom Landesamt zum Thema Elterngeld)
und Altenkirchen (Besuch von Herrn Reinartz, Landesstiftung)
- 2 Landestreffen mit *Frauenwürde* Lahnstein und *Frauenwürde* Eschborn in Neuwied
und Eschborn (Hessen)
- 2 Arbeitstreffen mit Kolleginnen aus der Schwangerenberatung des Caritasverbandes und
des Diakonischen Werkes in Neuwied
- 2 Arbeitstreffen mit VertreterInnen der ARGE, des Sozialamtes und BeraterInnen vom
Caritasverband und Diakonischem Werk in Neuwied

2.3 Sonstige Aktivitäten

- Zur-Verfügung-Stellen eines **Praktikums**platzes für zwei Wochen für eine Studentin der Bio-Mathematik zur neuen Berufsorientierung; sie konnte Einblick nehmen in die vielseitigen Aufgabenfelder einer Schwangerenberatungsstelle.
- Teilnahme an 4 **Vergabeausschuss**-Sitzungen der Bundes- und Landesstiftung, Mainz
- 7 **Arbeitstreffen** mit Vorstand und Mitgliedern von **Frauenwürde** auf Orts-, Landes- und Bundesebene
- 7 **Arbeitstreffen** zur Vor- und Nachbereitung einer Gedenkfeier für „Kinder, die unsere Welt früh verlassen haben“
- Seit Sommer 2005 bieten wir jeden Donnerstag **Spättermine für Beratungen** an. Vergleichbar dem „langen Donnerstag“ bei Behörden können Gespräche zu Schwangerschaftskonflikten über die normalen Öffnungszeiten hinaus vereinbart werden (bis 19 Uhr Beratungsbeginn). Damit reagieren wir auf häufige Anfragen nach Spätterminen von berufstätigen Schwangeren, Partner/Kindesvätern, aber auch vielbeschäftigte Familienfrauen und -männern. Dieses Angebot für Spätberatung wurde auch in 2007 von KlientInnen genutzt.

2.3.1 Aktion zur freiwilligen Finanzierung von Hilfen zur Familienplanung im Kreis Neuwied

Als staatlich anerkannte Schwangerenberatungsstelle haben wir den Auftrag, das Risiko ungewollter Schwangerschaften und evtl. daraus folgender Schwangerschaftsabbrüche zu vermindern und im Hinblick auf Menschen- /Frauenwürde und Lebensschutz zu präventivem Verhalten zu motivieren.

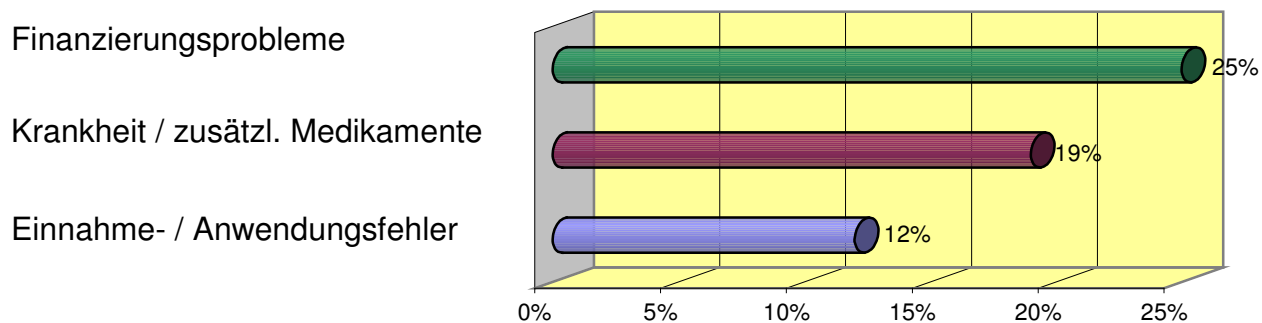
Die 'unheilige Allianz' beim Zusammentreffen von Hartz IV und Gesundheitsreform führt seit 2005 dazu, dass in manchen Familien das Haushaltsbudget den Kauf von Verhütungsmitteln nicht mehr zulässt. Praxisgebühr, erhöhte Medikamentenzuzahlung, auch allgemein gestiegene Lebenshaltungskosten lassen das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft beachtlich steigen.

In unserer Schwangerenberatung setzte sich 2007 der Trend fort, dass zunehmend ungewollte Schwangerschaften entstehen, weil Verhütungsmittel nicht mehr bezahlt werden können. Inzwischen gab jede 4. Schwangere in der Konfliktberatung an, (auch) aus finanziellen Gründen nicht sicher verhütet zu haben und ungewollt schwanger geworden zu sein.



Schwierigkeiten bei der Verhütung*

aus: Frauenwürde Neuwied-Statistik 2007



In unserem **Frauenwürde**-Beratungskonzept ist ausdrücklich als Ziel für unsere Arbeit formuliert, „politische Forderungen und gesetzliche Verbesserungen für Frauen, Kinder und Familien zu entwickeln und durchzusetzen“.

Auch in 2007 haben wir die Herausforderung angenommen, Frauen und Männer bei einem verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Sexualität zu unterstützen und uns für die notwendigen Voraussetzungen dazu einzusetzen.

Es ist nach unserem Verständnis ein unhaltbarer Zustand, wenn die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche übernommen werden, die Kosten für Verhütung aber nicht. Vor den o.g. Reformen bestand für Sozialhilfeempfängerinnen eine Kostenübernahme nach dem BSHG durch eine einmalige Beihilfe zur Familienplanung; seit 2005 werden die Kosten für Verhütungsmittel weder von der Krankenkasse noch vom Sozialamt noch von der ARGE übernommen. Lediglich für Frauen unter 20 Jahren sind vom Arzt verordnete Verhütungsmittel kostenlos – die Kosten für Praxis- und Rezeptgebühr müssen natürlich auch weiterhin von den Frauen unter 20 Jahren bezahlt werden.

Gemeinsam mit den Kolleginnen des Diakonischen Werkes informierten wir bei mehreren Veranstaltungen die sozialpolitischen VertreterInnen aller im Kreistag vertretenen Parteien über die Defizite in der Verhütungsversorgung bei Paaren mit geringem Einkommen - speziell bei Frauen, die von Arbeitslosengeld II leben.



Nach etlichen Rücksprachen mit der Kreisverwaltung beantragten wir im September 2007 im Kreis-Sozialausschuss die Bereitstellung eines Fonds in Höhe von 10.000 € durch den Kreis Neuwied, um für 1 Jahr (Probephase) Frauen in besonderen Notlagen (bei der Finanzierung von Verhütungsmitteln) helfen zu können. Die Beratung im Ausschuss mündete in einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag, im Haushalt 2008 dafür Mittel bereit zu stellen. Leider konnte trotz vieler Bemühungen bisher kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Grund dafür ist sicher auch die hohe Verschuldung des Kreises Neuwied, der keine freiwilligen Leistungen zulässt.

Das Angebot des Kreis-Sozialamtes, vom Arzt verschriebene Verhütungsmittel ab 300 € auf Darlehensbasis mit geringen Rückzahlungsdarlehen zu gewähren, ist vielen Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen nicht bekannt bzw. wird kaum angenommen, weil eine zusätzliche Verschuldung als Belastung und nicht als Hilfe gesehen wird. Das inoffizielle Angebot, in besonderen Härtefällen die Kostenübernahme direkt beim Sozialdezernenten zu beantragen, scheiterte bisher an Verfahrensfragen bzw. der Bereitschaft von betroffenen Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch diese Hilfe anzunehmen.

Auch die wiederholten Anfragen von Journalisten im Fernsehen, Rundfunk oder in der Zeitung über die Situation betroffener Frauen zu berichten, konnten wir nicht 'bedienen'.

'Unsere' Schwangeren/Mütter wollten zu diesem Thema nicht in die Öffentlichkeit gehen und waren für ein Interview nicht bereit.

Wir werden weiterhin mit langem Atem versuchen, die strukturelle Ungerechtigkeit bzgl. Sexualität/Verhütung/Schwangerschaftsabbruch gegenüber einkommensschwachen Frauen abzubauen und im Einzelfall kurzfristige Lösungen zu finden.

Es ist uns ernst mit der Förderung verantwortungsbewusster Sexualität und der Vermeidung von Schwangerschaftsabbrüchen!